



Gemeinsame Pressemitteilung der AG Migration und Vielfalt, der Jusos Berlin und der QueerSozis Berlin:

Ablehnung aus der SPD zu Asylpaket II: Grundrechte sind wichtiger als schnelle Verfahren!

Zum Beschluss des Asylpakets II in Bundestag und Bundesrat erklären Annika Klose, Landesvorsitzende der Jusos Berlin, Daniela Kaya, Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt Berlin und Markus Pauzenberger, Landesvorsitzender der QueerSozis (Schwusos) Berlin gemeinsam:

*„Die Zustimmung der SPD Bundestagsfraktion und des Landes Berlin im Bundesrat zum Asylpaket II kritisieren wir scharf. Die Maßnahmen aus dem Asylpaket II gefährden die Menschen- und Grundrechte von Geflüchteten sowie ihre körperliche Unversehrtheit. Mit der Zustimmung zum Asylpaket II ignorieren die Funktionsträger*innen die SPD-Parteitagebeschlüssen auf Bundes- und Landesebene und handeln damit gegen ihre eigene Parteibasis.“*

Die Ablehnung des Asylpakets II durch die Mehrheit der SPD-Landesgruppe Berlin im Bundestag ist folgerichtig. Wir begrüßen diese kritische Haltung ausdrücklich. Unsere Anerkennung und unser Dank gelten den MdBs Ute Finckh-Krämer, Cansel Kizeltepe, Klaus Mindrup, Mechthild Rawert und Swen Schulz. Sie können sich unserer Solidarität für ihre Positionierung sicher sein.“

Annika Klose ergänzt:

„Mit der Verkürzung der Asylverfahren wird eine hinreichende Prüfung der Asylanträge nahezu unmöglich. Durch eine mangelhafte Prüfung des Asylantrags könnten Schutzbedürftige ausgewiesen werden. Sie werden damit ihrer Grundrechte beraubt. Die Wahrung der Grundrechte ist wichtiger als schnelle Verfahren. Diese Maßnahme zu beschließen ist verantwortungslos. Aus gesundheitspolitischer Sicht ist das beschlossene Paket ebenfalls abzulehnen. Kranke Menschen einer Abschiebung unterziehen zu wollen ist von einem humanen Umgang mit unseren Mitmenschen weit entfernt. Wir fordern den gebührenden Respekt vor den physischen und psychischen Bedürfnissen von Geflüchteten.“

Daniela Kaya fügt hinzu:

„Die Beschneidung des Familiennachzugs für alle subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre lehnen wir ab. Wir befürchten durch die Wiedereinführung der Einzelfallprüfung für Syrer eine signifikante Anzahl von subsidiär geschützten Geflüchteten. Insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge treffen die Verschärfungen besonders hart. Viele Minderjährige werden dauerhaft ohne ihre Eltern leben müssen. In den meisten Fällen werden die Betroffenen ihre Eltern gar nicht nachholen können, da sie in den zwei Jahren der Aussetzung volljährig werden. Ihr durch die UN-Kinderrechtskonvention garantiertes Recht auf Familie wird verletzt. Wir befürchten, dass durch diese Maßnahmen, noch mehr Frauen und Kinder auf den Lebensgefährlichen Fluchtrouten gezwungen werden. Dass Mitglieder der SPD einer solchen Regelung zustimmen, ist unbegreiflich.

*Daneben lehnen wir die neue Strafsteuer auf Integrationsmaßnahmen kategorisch ab. Die Bezüge für Asylbewerber*innen liegen unterhalb des Existenzminimums, diese durch Zwangsabgaben weiter verringern ist nicht verfassungskonform.“*

Markus Pauzenberg ergänzt zum Familiennachzug:

„Der Familiennachzug darf nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil, wir brauchen eine Ausweitung des Rechts auf Familiennachzug. Es muss auch für queere Menschen gelten. Dies bestätigte jüngst das Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 23. Februar 2016.“

Kontakt:

Jusos - Annika Klose - 0151 54820781

AG Migration - Daniela Kaya - 0176 20076310

Queersoziis (Schwusos) - Markus Pauzenberg - 0179 2911878